



Landesverband
Thüringen e. V.

Positionspapier

Migrationsberatung für erwachsene Zuwander*innen
der AWO Migrationsfachdienste Thüringen

zur Bundestageswahl am 26.09.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 2005 bietet die AWO Thüringen mit Unterstützung durch den Bund die Migrationsberatung für erwachsene Zuwander*innen (MBE) ab 27 Jahren an. Die AWO Migrationsberatungsstellen unterstützen Ratsuchende bei der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration. Dieses Beratungsangebot wird in Thüringen durch die AWO an den Standorten: Erfurt, Gera, Jena, Weimar sowie in den Landkreisen Ilmkreis, Sonneberg, Saalfeld-Rudolstadt, Hildburghausen, Weimarer Land und Unstrut-Hainich-Kreis mit insgesamt 12,5 Personalstellen umgesetzt. Im Jahr 2019 wurden rund 2.800 Menschen mit internationaler Geschichte von der AWO in Thüringen beraten. Das Aufgabengebiet der Migrationsberatungsstellen umfasst dabei:

Tätigkeitsfelder der Migrationsberatung:

- Einzelfallberatung/Casemanagement-Verfahren,
- Planung und Durchführung soziale Gruppenangebote und Frauenkurse,
- sozialpädagogischen Betreuung und Hilfestellung in verschiedenen Lebenslagen,
- Empowerment der Zielgruppe (insbesondere Frauen)
- Vermittlung von Kinderbetreuungsangeboten während der Integrationskurse,
- Unterstützung bei der Wohnungssuche,
- Unterstützung beim Familiennachzug,
- Beratung zu Zugängen zum regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt,
- Aktive Mitarbeit in kommunalen Netzwerken zur Förderung eines bedarfsgerechten Integrationsangebotes und
- Mitwirkung bei der interkulturellen Öffnung sowie die dazugehörige Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerktaetigkeit,
- Zugang zu Sprache, Unterstützung beim Spracherwerb,
- Zugang zu Arbeitsmarkt, Vermeidung von Transferleistung (Jobcenter, Agentur für Arbeit, Sozialamt)

Der Unterstützungsbedarf richtet sich nach den individuellen Lebenslagen der Ratsuchenden. Die Notwendigkeit der Unterstützung in Form von Beratungs- oder Begegnungsangeboten endet in den seltensten Fällen nach wenigen Monaten oder Jahren, sondern ist ein dauerhafter Prozess. Die Migrationsberatung ist angehalten, sich stetig an die Bedürfnisse der Zielgruppe anzupassen und die Angebote dahingehend weiterzuentwickeln. Um dies erfolgreich umzusetzen, sind unsere Migrationsberater*innen hochqualifizierte Sozialpädagog*innen mit aktuellen und umfassenden Kenntnissen zu Grundgesetzen, Sozialrecht, Arbeits-, Aufenthalts- und Asylrecht, sowie vertieften Kenntnissen in der allgemeinen Sozialberatung. Dazu zählen auch Gesundheitsprävention, Zugang zu Grundsicherung im Alter und bei Behinderung, sowie die Verweisarbeit an und Kooperation mit Schwangerschaftsberatungs-, Ehe- und Familienberatungs- sowie psychosoziale Beratungsstellen. Neben der Beratung von Zuwander*innen sind die Mitarbeiter*innen in den MBEs stetig bestrebt, für Ratsuchende den Zugang zum Spracherwerb sicher zu stellen, neue Bildungs- und Teilhabechancen zu eruieren, den Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu erleichtern und die Fachkräfteeinwanderung und -sicherung in Thüringen zu unterstützen. Zudem liegt es im Auftrag der AWO Migrationsberatung, aktiv an der Interkulturellen Öffnung Thüringens mitzuwirken, die Gesellschaft für Rassismus und Antidiskriminierung zu sensibilisieren und Brücken zwischen dem Wohl und der Realität der Klient*innen und den gesellschaftlichen Interessen zu schlagen.

Wie wichtig die Arbeit der Migrationsberatungsstellen in Thüringen ist, spiegelt sich auch in den hohen Fallzahlen wider. Die Beratungszahlen der MBE befinden sich seit Mitte des letzten Jahrzehnts bis heute thüringenweit auf einem extrem hohen Niveau. Die Beratungsbedarfe sind zudem in den letzten Jahren um ein Vielfaches intensiver und komplexer geworden. Das ist auf die Vielfältigkeit der individuellen Fallkonstellationen zurückzuführen und wird verstärkt durch die sich stetig ändernden gesetzlichen Vorgaben und Regelungen.

Migrationsberatung in Krisenzeiten:

Die große Herausforderung der Corona-Pandemie zeigt ebenfalls sehr deutlich, wie systemrelevant die MBE-Stellen sind. Die Mitarbeiter*innen in den MBEs waren seit dem ersten Lockdown 2020 konstant für die Ratsuchenden erreichbar. Es wurden neue kreative Konzepte erarbeitet, wie z.B. Walk & Talk, Online- und Telefonberatung, Online-Gruppenangebote und gut durchdachte Hygienekonzepte, um auch Notfallberatungen in Präsenz anbieten zu können. Im Jahr 2019 haben die Migrationsberater*innen rund 2.800 Klient*innen beraten. Trotz der Corona-Pandemie und des Aussetzens der Präsenzberatungen sowie der temporären Schließung der Beratungsstellen lagen die Fallzahlen im Jahr 2020 im Vergleich zu den Fallzahlen im Jahr 2019 bei 2.309. Der Beratungsbedarf hat sich Pandemie-bedingt verändert. Insbesondere die soziale Betreuungsarbeit hat immens zugenommen. In der Beratungsarbeit sind vermehrt Themen wie Existenzängste der Ratsuchenden durch Jobverlust, Isolation durch Corona, damit einhergehende soziale Schwierigkeiten, Intensivfälle und Aufklärungsarbeit zu Verschwörungserzählungen dazu-

gekommen. Zudem sind durch die Pandemie die Regelbetriebe von Ämtern und Behörden eingestellt. Die AWO Migrationsberatungsstellen kompensieren seit März 2020 mit ihren Beratungsangeboten zusätzlich die fehlende Erreichbarkeit und die Vermittlung zwischen Ratsuchenden und Behörden.

Herausforderung Sicherung der MBE-Angebote:

Jedoch stehen die Träger der AWO Thüringen vor dem Problem, dass die Ausstattung mit Ressourcen ohne erheblichen Eigenfinanzierungsanteil der einzelnen Träger nicht ausreicht. Bis zum Jahr 2019 lag der Eigeteilen der AWO-Träger den Vorgaben der Zuwendungsgebenden entsprechend zwischen 2 und 7 Prozent. Dies war hinsichtlich der Finanzierung der Personal-, Miet- und Betriebskosten sowie der Sachkosten bereits mit finanziellen Schwierigkeiten der kleinen Kreisverbände verbunden. Die Finanzierung konnte nur mit Einsparungen zu Lasten der Beratungsstellen realisiert werden. Seit 2019 haben sich die finanziellen Zuwendungen pro Vollzeitäquivalent lediglich um 17 Prozent erhöht. Demgegenüber stehen die erhöhten Kosten der AWO-Träger aufgrund der stetigen tariflichen Anpassungen der Personalkosten. Die Träger der AWO haben in den Jahren 2020 und 2021 im Schnitt 20 Prozent Eigenmittel in die MBEs eingebracht. Trotz der mehrfachen Erhöhung der Bundesmittel leiden die MBE-Stellen weiterhin unter der unzureichenden Finanzausstattung, was in den letzten Jahren verstärkt zu Lasten der Träger und deren Eigenanteile gegangen ist. Aufgrund der geringen Förderung sind die Träger gezwungen, die geplanten Projekte, dringend notwendige Aufrüstungen etc. zu streichen und einschneidende Sparmaßnahmen fortzuführen. Die Migrationsberatung ist leider nach wie vor unterfinanziert. Obwohl die Finanzmittel des Bundes für die MBE erhöht wurden, kann der Beratungsbedarf bei weitem nicht gedeckt werden. Die Beratungsstellen sind aufgrund der gestiegenen Nachfrage weiterhin stark überlastet – auch und vor allem in Zeiten von Corona. Das Ganze vor dem Hintergrund deutlich zunehmender Beratungsfälle, Personalkostensteigerungen und immer komplexer werdender Themen.

Ausblick:

In Thüringen drohen der AWO bei ansteigenden Eigenanteilen der Träger ein Stellenabbau oder gar die Schließung einzelner Beratungsstellen, wenn die Finanzierung nicht hinreichend gesichert ist. Bundesweit ist diese Entwicklung an anderen AWO-Standorten bereits zu beobachten. So wurden z.B. in Nürnberg erst kürzlich zwei Migrationsberatungsstellen aufgrund der fehlenden Finanzierungsgrundlage dauerhaft geschlossen. Das BAMF hat in den letzten Wochen mitgeteilt, dass im Jahr 2023 zusätzlich mit Kürzungen für das Bundesprogramm MBE zu rechnen sei. Diese Entwicklung macht uns große Sorgen, insbesondere im Hinblick auf „weiße Flecken“ in der Beratungslandschaft Thüringens und der anhaltenden Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung. So wurde die AWO Thüringen auf Landesebene bereits über den dringenden Bedarf von MBE-Stellen im Bundesland hingewiesen. Jedoch fehlt schon jetzt für die ansässigen Migrationsberatungsstellen die

gesicherte Finanzierung, sodass es eine immense Herausforderung für die Migrationsberater*innen darstellt, mit den verfügbaren Mitteln die große Nachfrage an Beratungsangeboten abzudecken.

Als AWO Thüringen wollen wir ebenfalls auf die Gefahr der Budgetkürzungen und die Relevanz unserer Arbeit vor Ort aufmerksam machen. Die Begleitung von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen wird uns in Deutschland und Thüringen aufgrund weltweiter politischer Entwicklungen in den nächsten Jahren weiterhin intensiv beschäftigen. Um zugewanderten Menschen eine nachhaltige und faire Integration in Thüringen zu ermöglichen, darf der Erhalt der bisher aufgebauten Strukturen der MBEs der AWO in Thüringen nicht gefährdet werden. Ohne die Arbeit der Migrationsberater*innen würden in Thüringen für viele Menschen Strukturen wegbrechen, welche die deutschen Grundgesetze und deren Zugang für Menschen mit Migrationserfahrung sichern. Die Rechte auf Wohnen, Berufsfreiheit, Familie, Bildung, gesellschaftliche Teilhabe sowie das Recht auf Unversehrtheit und medizinische Versorgung können nur wahrgenommen werden, wenn Menschen darüber wissen und ihnen der Zugang dazu gewährt wird. Die Verstetigung und der Ausbau von Migrationsberatungsstellen und ihren Beratungsangeboten ist daher unerlässlich!

Nur mit Ihrer Unterstützung können wir auch in Zukunft ein bedarfsgerechtes Netz der AWO Migrationsberatungsstellen in Thüringen sichern. Darum appellieren wir an Sie, die Dringlichkeit unseres Anliegens hervorzuheben und in Ihren Gremien zu diskutieren.

Wir zählen auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen



Katja Glybrowskaja

*Geschäftsführerin des AWO
Landesverbandes Thüringen e. V.*



Frank Albrecht

*Vorstandsvorsitzender des
AWO Regionalverbandes
Mitte-West-Thüringen e. V.*



Frank Bohl

*Geschäftsführer des AWO
Kreisverbandes Sonneberg e. V.*



Michael Hoffarth

*Geschäftsführer des AWO
Stadtverbandes Gera e. V.*